Wie Privatstädte und Sonderzonen politische Verantwortung aushebeln: Es geht bei Theorien zum „Network State“ oder zu Sonderwirtschaftszonen nicht nur um neue Orte, sondern um politische Ordnungen. Die Modelle verschieben Entscheidungsgewalt in Räume, die sich fast vollständig demokratischer Kontrolle entziehen. Von **Detlef Koch**.

Dieser Beitrag ist auch als Audio-Podcast verfügbar.

https://www.nachdenkseiten.de/upload/podcast/260503_Technofeudalismus_Flucht_aus_der_Demokratie_Serie_Teil_5_NDS.mp3

Podcast: Play in new window | Download

Den ersten Teil der Serie finden Sie unter diesem Link, den zweiten Teil unter diesem Link, den dritten Teil unter diesem Link, den vierten Teil unter diesem Link.

Im Meer beginnt die Ausnahme

Seasteading (Wohnsiedlungen auf künstlichen Plattformen in internationalen Gewässern), Charter Cities (privat oder autonom verwaltete Stadtteile), Sonderwirtschaftszonen, Tech-Privatstädte und Network States erscheinen gern als technische, architektonische oder digitale Experimente. Der belegte Befund ist politischer:

Beim Seasteading und verwandten Konzepten handelt es sich nicht primär um technische oder architektonische Projekte, sondern um Experimente mit Jurisdiktion. Schwimmende Siedlungen, Charter Cities und Sonderwirtschaftszonen zielen darauf ab, alternative Regime von Besteuerung, Regulierung und politischer Ordnung zu etablieren. In privaten Stadtprojekten entstehen dabei mikroterritoriale Einheiten, in denen Governance teilweise vertraglich organisiert wird und klassische staatliche Steuerungsmechanismen ersetzt oder ergänzt.

Parallel dazu beschreibt Balaji Srinivasan den „Network State“ als digital koordinierte Gemeinschaft mit kollektiver Handlungsfähigkeit, Kapitalbasis und dem expliziten Ziel, physisches Territorium zu erwerben und langfristig staatliche Anerkennung zu erlangen. Es geht also nicht nur um neue Orte, sondern um politische Ordnungen, die sich der Gemeinschaft in Fragen von Recht und Verantwortung entziehen.

Aus demokratietheoretischer Perspektive markieren diese Modelle eine schleichende und schwächende Fragmentierung politischer Souveränität. Sie verschieben Entscheidungsgewalt in Räume, die sich fast vollständig demokratischer Kontrolle entziehen

und stattdessen durch Eigentum, Zugang und Kapital strukturiert sind. Die zentrale Frage ist daher nicht, ob solche Modelle effizient funktionieren, sondern unter welchen Bedingungen politische Teilhabe, Rechtsgleichheit und Gemeinwohlorientierung in solchen Strukturen überhaupt noch gewährleistet werden können.[1]

Das zeigt schon die Organisation *The Seasteading Institute*. Sie wirbt mit „startup countries“, nennt die maritime Flagge einen „legal hack“[2] und versteht schwimmende Gesellschaften als Testfelder für neue Regierungsformen. Der analytische Punkt ist daher nicht Technikromantik, sondern die entstehende Paralleljustiz: Welches Recht gilt dort, wen schützt es, wer entscheidet darüber, und wer kann sich ihm entziehen? Der Versuch in Französisch-Polynesien machte das greifbar: Das Projekt wurde ausdrücklich mit einer innovativen Sonderzone und privater Schiedsgerichtsbarkeit verknüpft, scheiterte dann aber nach lokalen Protesten und politischem Rückzug. Die Leitfrage lautet deshalb: Warum soll die Zukunft ausgerechnet außerhalb bestehender demokratischer Territorien beginnen?

Exit hat eine Geschichte

Diese Fantasie ist älter als das Internetmilieu. Seine Genealogie reicht von den Minerva Reefs über Abaco bis in die New Hebrides, das spätere Vanuatu. Das verbindende Muster: Exit-Projekte entstehen selten im leeren Raum. Sie docken an Dekolonisation, koloniale Restordnungen, Inselräume oder schwache und geteilte Rechtslagen an. Der Exit sucht nicht das Niemandsland. Er erklärt fremde, geteilte oder schwach geschützte Räume zum Niemandsland.[3] Gerade darin liegt die koloniale Schieflage vieler dieser Entwürfe: Der Traum vom herrschaftsfreien Raum setzt reale Gesellschaften, ökologische Grenzen und vorhandene Souveränität systematisch und oftmals herab.

In Honduras kehrte diese Logik auf dem Festland wieder. Die sogenannten *Zonas de Empleo y Desarrollo Económico* (ZEDE) versprachen Autonomie, niedrige Steuern und eigenständige Regelsetzung; Próspera wirbt offen mit Regulierungswahl, Steuerautonomie und „predictable arbitration“ also eine Art vorhersehbare Schiedsgerichtsbarkeit. Nach dem politischen Machtwechsel wurden die Zonen zum Souveränitätskonflikt: Am 20. September 2024 erklärte die Verfassungskammer des Obersten Gerichtshofs (Corte Suprema de Justicia) im Verfahren SCO-0738-2021 die verfassungsrechtliche Grundlage der Zonen vollständig und rückwirkend für verfassungswidrig. Zugleich laufen internationale Schiedsverfahren über milliardenschwere Entschädigungsforderungen weiter. Exit-Projekte sind spätestens nach diesem Befund kein nerdiger Nischenkult, sondern harte Kämpfe um Verfassung, Gebietshoheit und demokratische Gesetzgebung.

Vom Meer zur Zone

Seasteading ist das anschauliche Symbol. Die Sonderzone ist die realistischere Form. Wir haben es hier mit einem fragmentierten Kapitalismus aus Inseln, „phyles“ und Franchise-Nationen zu tun, also territorialen Ausnahmen, die Kapital vor demokratischer Einwirkung schützen sollen. Die Zone zirkuliert als globale Infrastrukturform: mal als Freeport, mal als Special Economic Zone, Business District oder als steuerlich begünstigtes Sonderareal.

Die Zukunft dieser Akteure muss daher kein neuer Nationalstaat sein. Sie kann auch ein Netzwerk aus Ausnahmen sein: Zonen, Verträge, Schiedsgerichte, Steuerregime, Plattformgemeinschaften, private Sicherheitsräume und selektive Zugehörigkeiten.

Recht statt Rechtsfreiheit

Hier liegt der juristische Kern. Katharina Pistor zeigt, dass Kapital nicht immer vor dem Staat flieht, sondern sich auch seiner bedient. Vermögen wird nicht einfach geschützt, sondern aktiv „codiert“[4]: Durch Eigentums-, Vertrags-, Sicherheiten-, Trust-, Gesellschafts- und Insolvenzrecht erhalten bestimmte Vermögensformen systematisch Vorrang vor anderen. Diese juristische Codierung verleiht ihnen Priorität gegenüber konkurrierenden Ansprüchen, zeitliche Dauerhaftigkeit, globale Durchsetzbarkeit und die Fähigkeit, sich in Krisen in staatlich garantiertes Geld zu verwandeln. Entscheidend ist: Diese Privilegien sind keine Marktleistung, sondern beruhen auf staatlich bereitgestellter Zwangsgewalt, die private Ansprüche gegenüber der gesamten Gesellschaft durchsetzt.

Exit-Projekte sind also nicht nur eine Flucht *aus* dem Recht zur Konsolidierung der Macht überreicher Akteure und ihrer juristischen Personen (Konzerne, Konsortien, Firmengeflechte oder Holdings), sondern in erster Linie eine Flucht *in* eine günstigere Paralleljustiz. Wer über Kapital, Kanzleien und Konzernstrukturen verfügt, kann sich Rechtsordnungen erwählen, kombinieren und sogar gestalten; natürliche Personen bleiben an Pass, Visum, Arbeitsmarkt und Territorium gebunden.

Tech-Feudalismus meint hier den Akteur, der sich aus demokratisch gesetzten Bindungen herauslöst und zugleich staatliche Durchsetzung für Eigentum, Verträge, Schiedsverfahren und Sicherheit weiter beansprucht. Wenn Recht das Medium demokratischer Selbstregierung ist, wird es problematisch, wenn seine wirksamsten Module privat verfügbar/nutzbar werden.

Der Staat verschwindet nicht — er wird selektiv

Die Erzählung vom verschwindenden Staat ist irreführend. Globalisierung findet tief im Nationalen selbst statt: Gerichte, Verwaltungen und Rechtsordnungen werden für

transnationale Logiken umgebaut. Wir haben es hier mit abgestufter Souveränität (graduated sovereignty) zu tun, also einer Art flexibler Staatsbürgerschaft: Staaten verteilen Rechte, Schutz und Kontrolle ungleich, je nachdem, ob Subjekte als investierendes Kapital, nützliche Fachkraft oder störende Bevölkerung erscheinen.

Schutz von Eigentum und Verträgen bleibt robust, ebenso Polizei und Sicherheit; Steuern, soziale Rechte, Mitbestimmung und ökologische Verantwortung werden dagegen tendenziell variabel und auslagerbar.[5] Die Finanzgeografie überreicher Akteure ist komplex, vernetzt und schwer durchschaubar. Sie besteht aus Offshore-Strukturen, Trusts, Shell Companies und „citizenship by investment“, also Staatsbürgerschaft durch Investition, und hat nur ein Ziel – das Entkoppeln des Vermögens von den politischen und fiskalischen Verpflichtungen, auf deren Stabilität es gleichwohl angewiesen bleibt.[6]

Wenn Gesellschaft als Start-up erscheint

Die Privatstadt muss nicht im Meer treiben. Sie kann ganz unterschiedliche Formen annehmen: als abgeschlossene Wohnanlage, als Geschäftsviertel, als Unternehmenscampus oder als Sonderzone.

Dabei gilt: Nicht jede Gated Community ist eine Tech-Privatstadt und nicht jede Sonderzone ist automatisch antidemokratisch. Die Stadtforschung zeigt ein gemischtes Bild. Solche Projekte entstehen zum Teil auch aus völlig nachvollziehbaren Motiven: dem Wunsch nach mehr Sicherheit, besserer Infrastruktur, stabilen Immobilienwerten, lokaler Selbstorganisation oder effizienterer Finanzierung gemeinsamer Leistungen.

Das Versprechen vom Zugewinn an Sicherheit ist empirisch oft nicht haltbar. Räumliche Trennung sozialer Milieus und der damit verbundene soziale Ausschluss weniger privilegierter Gruppen sowie die Umwandlung öffentlicher Güter in exklusive Leistungen für Mitglieder ist dagegen sehr gut nachweisbar.

Die entscheidende Frage ist daher nicht, ob es Mauern gibt. Entscheidend ist, wie Macht organisiert ist: Wer setzt die Regeln? Wer darf mitentscheiden? Wer trägt die Kosten? Wer wird ausgeschlossen? Und wer hat die Möglichkeit zu gehen – und wer nicht?

Der Mythos vom Silicon Valley als meritokratischer („leistungsbezogener“) Rebellion ist schnell widerlegt. Technik an sich ist nicht das Problem, sondern ihre Unterordnung unter Kapitalakkumulation und Machtkonzentration. Im Mindset der Unternehmer von Silicon Valley werden Komplexe soziale Konflikte kurzerhand in technische Optimierungsprobleme verwandelt, bevor politische Fragen nach demokratischer Legitimation überhaupt erst

sauber gestellt sind.

In dieser Logik übersetzen Privatstädte, Seasteads und Network States demokratische Probleme in Produktdesign: Bürger werden zu Nutzern, Rechte zu Services, Politik zu Governance-Design, Konflikt zu Friktion und Gemeinwohl zu einem Effizienzversprechen. Gerade deshalb wirken diese Modelle modern, obwohl sie oft auf eine sehr alte Sehnsucht hinauslaufen: Herrschaft ohne lästige Solidarität und Gegenseitigkeit.[7]

Freiheit ohne Gegenseitigkeit

Die demokratische Schadensbilanz folgt fünf wiederkehrenden Mechanismen.

Erstens ungleiche Staatsbürgerschaft: Flexible Mobilität, Zweitwohnsitze, Offshore-Konstruktionen und strategische Rechtswahl sind keine universelle Freiheit, sondern klassenspezifische Mobilitätsmacht.

Zweitens ersetzt Exit die demokratische Stimme: Wer genug Ressourcen hat, kauft sich aus Konflikten heraus, statt sie gemeinsam auszutragen.

Drittens schrumpft die Finanzierungsfähigkeit des Gemeinwesens, wenn sich Sonderregime und Offshore-Architekturen der solidarischen Steuerlast entziehen, während sie weiter auf Infrastruktur, Gerichte, Sicherheit und geopolitische Stabilität angewiesen bleiben.

Viertens werden öffentliche Räume und Güter privatisiert, wenn Nachbarschaften, Zonen oder Privatstädte Leistungen als exklusive Clubgüter organisieren.

Fünftens werden Risiken externalisiert: Man schaue sich nur die Bunker- und Fluchtfantasien superreicher Akteure an, sich von Krisen zu isolieren, die durch dieselben Wirtschafts- und Technologielogiken verschärft wurden. Die Gefahr liegt nicht darin, dass alle Menschen in Privatstädte ziehen. Die Gefahr liegt darin, dass eine verschwindend kleine Gruppe der mächtigsten und reichsten Akteure demokratische Bindungen verlassen können, während die übrige Gesellschaft die Kosten gemeinsamer Infrastruktur, ökologischer Schäden und sozialer Spaltung trägt.

Demokratische Freiheit ist nicht bloß Abwesenheit von Staat; sie braucht öffentliche Räume, gleiche Rechte, einklagbare Schutzstandards, demokratisch legitimierte Steuerfähigkeit, ökologische Verantwortung und reale Teilhabe. Exit-Utopien verengen Freiheit auf die Wahlfreiheit überreicher mobiler Eliten: Wer großes Kapital, Pass, Netzwerk und Anwälte

hat, kann gehen. Wer bleibt, lebt mit den Folgen. Freiheit ohne Gegenseitigkeit kippt so in Exklusivität; Ordnung ohne Mitbestimmung wird zur Diktatur und Recht ohne demokratische Bindung zum absolutistischen Herrschaftsmodell einiger Weniger.

Der Tech-Feudalismus der Zukunft wird überall den Begriff der Freiheit durch Abkopplung von Verantwortung gegenüber vielen schaffen und damit pervertieren — ein Paradies für wenige und eine Hölle für viele.

Titelbild: Khakimullin Aleksandr / Shutterstock

[«1] Vgl. Balaji Srinivasan, *The Network State*, 2022 (Definition digital koordinierter, territorial orientierter Gemeinschaften);
Quinn Slobodian, *Crack-Up Capitalism*, 2023 (Analyse von Sonderzonen als extraterritoriale Regime mit reduzierter staatlicher Regulierung);
Georg Glasze/Chris Webster/Klaus Frantz (Hg.), *Private Cities*, London/New York 2006 (Privatisierung urbaner Governance durch vertragliche Strukturen)

[«2] A maritime flag offers government protection without government control. It’s a glorious legal hack.

[«3] Raymond B. Craib, *Adventure Capitalism*, Oakland 2022 (historische Rekonstruktion libertärer Exit-Strategien und staatsferner Souveränitätsentwürfe).

[«4] „Codieren“ bedeutet hier: Ein Vermögenswert wird mit juristischen Rechten ausgestattet, die ihn besonders durchsetzungsfähig machen.

[«5] Vgl. Aihwa Ong, *Flexible Citizenship: The Cultural Logics of Transnationality*, Durham 1999

[«6] Vgl. Oliver Bullough, *Moneyland: Why Thieves and Crooks Now Rule the World and How to Take It Back*, London 2018.

[«7] Vgl. Evgeny Morozov, *To Save Everything, Click Here: The Folly of Technological Solutionism*, New York 2013.